

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 15693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.80 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Ablehnung der deutschen Vorschläge wahrscheinlich.

Berlin, 28. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im Unterhaus gab Lloyd George gestern folgende Erklärung ab: Ich behaupte unendlich, sagen zu müssen, daß die deutschen Vorschläge in keiner Weise befriedigend sind. Ich hätte gewünscht, sagen zu können, daß sie die Lage geändert haben. Sie werden jedoch im Augenblick mit den anderen Vorschlägen zusammen vor den gemeinsamen Sachverständigen der Alliierten genau geprüft. Ich fürchte sehr, daß Einstimmigkeit darüber herrschen wird, daß die von der deutschen Regierung gemachten Vorschläge als unbefriedigend erklärt werden. Auf eine Anfrage erklärte der Ministerpräsident weiter, daß vor einer Besetzung Deutschlands das Unterhaus Gelegenheit haben werde, sich darüber auszusprechen. Er fügte hinzu: Ich glaube zu wissen, daß man in der Richtung Abmachungen getroffen hat, daß die Erörterung hierüber in der Sitzung des Unterhauses am kommenden Donnerstag stattfinden wird. Ich bemerke noch, daß die Entscheidung des Obersten Rates noch vor Montag oder Dienstag getroffen werden wird.

Der Londoner Korrespondent der Volkszeitung meldet: In hiesigen Kreisen hofft man noch immer auf die Zusendung einer weitausläufiger weitergehenden deutschen Note, um den Obersten Rat am Sonnabend zu einem Einlenken zu veranlassen. Das wird auch ganz offen als der einzig denkbare Ausweg bezeichnet. Auf die inoffizielle Anfrage der englischen Regierung beim Auswärtigen Amt in Berlin bezüglich verschiedener zu klärender Punkte ist heute hier eine Antwort eingegangen, aber es heißt, daß dieser Bericht nicht dazu beigetragen habe, die Wege zu ebnen.

Zeit gestern nachmittag ist in Berlin ein Stimmungsumschwung eingetreten. Während noch am Dienstag von der Deutschen Volkspartei bis zu den Unabhängigen die Hoffnung bestand, daß der neue Vorschlag die Basis für Verhandlungen bieten würde, hat jetzt meiste Überzeugung gezeigt, daß auch diese Vorschläge keineswegs zur Grundlage von Verhandlungen werden können. Es ist wahrscheinlich, daß die Regierung die Ablehnung ihres Vorschlags nicht wird überleben können. Wenn sie nicht sofort durch eine andre ersetzt werden sollte, so nur deshalb, weil heute niemand zu sagen wagt, welche Regierung überhaupt denkbar ist.

Instruktionen an den französischen Botschafter in Washington?

London, 28. April. Reuter erfährt, daß die französische Regierung den französischen Botschafter in Washington aufgefordert hat, das Staatsdepartement davon in Kenntnis zu setzen, daß sie die letzten deutschen Vorschläge weder billigen, noch in ihnen die Grundlage für ein mögliches Übereinkommen erblicken können.

Der belgische Minister des Auswärtigen Jaxjar hat dem Reuterischen Bureau mitgeteilt, daß Belgien den deutschen Vorschlag nicht einmal der Erörterung wert halte.

Paris, 28. 4. Nach einer Veröffentlichung der Agence Havas weist Briand in seiner Instruktion darauf hin, daß die Beurteilung der deutschen Bedingungen Sache des Obersten Rates sei, der in seiner demnächstigen Sitzung sich darüber auszusprechen werde. Inmitten, so heißt es in der Havasmeldung weiter, könne heute schon gesagt werden, daß die Vorschläge der deutschen Reichsregierung in den Augen der französischen Regierung in so weitgehendem Maße ungenügend seien, daß sie nicht geeignet erscheinen, als Grundlage für neue Unterhandlungen zwischen den Verbandsregierungen und Deutschland zu dienen. Diese Auffassung bringe die französische Regierung in ihrer Mitteilung sehr deutlich zum Ausdruck. Die Gliederung der neuen deutschen Vorschläge sei an sich schon sehr roh und dürfe wohl nicht verschleiert, auch die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, daß die deutschen Vorschläge ungenügend seien. Unter diesen Umständen dürfe wohl die Bekämpfung des Ruhrgebietes immer mehr in den Bereich der Wahrscheinlichkeit rücken; sie könne natürlich erst acht Tage nach der entsprechenden, gemeinsam mit den Verbündeten getroffenen Entscheidung durchgeführt werden.

Diesen Nachrichten, die von Reuter und Agence Havas verbreitet werden, steht folgende Meldung gegenüber, die den Schluß zuläßt, daß eine definitive Instruktion der französischen Regierung an ihren Botschafter in Washington noch nicht ergangen sei, was wahrscheinlich auch nicht vor der Sitzung des Obersten Rates in London der Fall sein dürfte.

Paris, 28. April. (L. V.) Französische Nachrichtenstellen melden: Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Gewisse Informationen, die in der heutigen Morgenpresse veröffentlicht worden sind, erklären, daß der französische Botschafter in Washington Instruktionen über die Haltung Frankreichs den deutschen Gegenvorschlägen gegenüber erhalten habe. Diese Informationen sind tendenziös. Wie alle Vertreter Frankreichs, so ist auch der französische Botschafter in Washington über den französischen Standpunkt informiert und dessen Standpunkt hat er in zahlreichen Besprechungen mit Harding und Hughes vertreten.

Bandervelde zur Besinnung gekommen?

Brüssel, 28. April. (L. V.) Im Ministerrat kam es zu lebhaften Differenzen. Der Minister Bandervelde warnte vor zu schroffem Vorgehen gegen Deutschland und drohte mit seiner Demission. Man spricht davon, daß sich dieser Demission weitere Minister anschließen werden.

Bandervelde und seine drei „sozialistischen“ Ministerkollegen, die Parteifreunde der Rechtssozialisten, haben bisher alle imperialistischen Gewalttaten der belgischen Regierung gegen Deutschland mitgemacht. Nun, da diese Regierung im Begriffe steht, die letzten

Vorschläge Deutschlands, die das Neueste seiner Leistungsfähigkeit darstellen und die weitestgehenden Ansprüche auf Wiedergutmachung der Kriegsschäden zu befriedigen geeignet sind, mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet und der Vernichtung seiner wirtschaftlichen Lebensmöglichkeit zu beantworten, scheint ihnen endlich das Gewissen zu schlagen und sie beginnen einzusehen, zu welchen unheilvollen Konsequenzen die rechtssozialistische Politik des Bürgerkriegs und der Einheitsfront mit den kapitalistischen Unterdrückern führen muß. In der Tat, die Einsicht kommt ihnen etwas spät! Hoffentlich aber wird sie baldigst dahin führen, sich in die Einheitsfront des Proletariats gegen den tollgewordenen Imperialismus einzureihen.

Deutsche Gewerkschaftsführer in London.

London, 28. April. Daily Chronicle zufolge sind vier deutsche Gewerkschaftsführer, Graumann, Hub, Dilmann und Silbermann, in London eingetroffen, um mit hervorragenden Politikern und Arbeiterführern über die Reparationsfrage und den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu beraten.

Vor bayrischen Sonderaktionen?

München, 28. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im bayrischen Landtag teilte gestern der Präsident zu Beginn der Sitzung mit, daß die nach der Reichspfalz geplante Reise von Abgeordneten zum Zweck von Besprechungen in der nächsten Woche unterbleiben müsse, da Ereignisse eintreten könnten, die es als dringend notwendig erscheinen lassen, daß der gesamte Landtag in München versammelt sei. Die Begründung des Ausfalls dieser Reise ist ein wenig eigenartig, denn die Ereignisse der nächsten Tage, die mit der Reparation und den Sanktionen zusammenhängen, werden den Reichstag beschäftigen. Die Vorsitzende des Landtagspräsidenten in Bayern läßt darauf schließen, daß man in Bayern wieder einmal eine Sonderaktion vorhat.

Im Zusammenhang damit sind einige Versicherungen aus der Reihe des bekannten Separatisten Dr. Heim interessant, die er gestern in einer öffentlichen Versammlung des christlichen Bauernvereins hielt. Er führte dort u. a. aus, in Berlin herrsche vollständige Hilflosigkeit und Mangel an entscheidendem Willen. In den nächsten Tagen würden wir einen Wechsel auf dem Posten des Reichskanzlers und des Außenministers, vielleicht noch in einigen anderen Reichsämtern erleben. Ein entschiedener Widerstand gegen die unzulässigen Forderungen unserer Gegner sehe voraus, daß das ganze Volk entschlossen sei, lieber eine Zeitlang Leid zu tragen, als sich dauernd knechten zu lassen. Und wieder die geheimnisvolle Andeutung, daß in den nächsten Tagen sich in Bayern große Ereignisse abspielen werden und Dr. Heim ist ganz der Mann dazu, eine bayrische Sonderaktion in die Wege zu leiten, wenn er es auch vorzieht, andre Leute vorzuschicken, jedoch aber seine Puppen im Hintergrund am Schürhaken zu halten. Dr. Heim behauptete weiter, daß linksstehende bayrische Politiker bei dem französischen Gesandten Baron d'ard aus und einziehen und viel dazu beitragen, die bayrische Regierung zu verunglimpfen und gegen die Einwohnerwehr zu setzen. Diese Behauptung ist natürlich von Anfang bis zu Ende erlogen, es lohnt sich nicht, weiter darauf einzugehen. In einer Resolution, die in dieser Versammlung angenommen wurde, wird eine entschiedene Haltung der Reichsregierung gegen die kommunistische Gefahr gefordert und weiterhin, daß nicht mehr an der Einwohnerwehr gerüttelt wird.

Wie unser Münchener Korrespondent erfährt, ist der französische Gesandte in München, Baron d'ard, nach Paris abgereist. In München wird die Auffassung verbreitet, als handele es sich nur um eine Urlaubreise. Man geht aber nicht fehl, wenn man die Reise des französischen Gesandten mit den politischen Ereignissen in der Reparations- und Sanktionsfrage in Zusammenhang bringt, und insbesondere mit der Möglichkeit einer besonderen bayrischen Aktion gegen eventuelle weitere Sanktionen.

Gegen nationalistische Regimänner in Schlesien.

Protest der Arbeiterschaft.

Berlin, 28. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Breslau meldet der Korrespondent der Volkszeitung: Zu den beunruhigenden Gerüchten über den zu erwartenden polnischen Einfall in Schlesien nahm gestern nachmittag eine Versammlung der Funktionäre der Breslauer Gewerkschaften, der Betriebsräte und der Vertrauensleute der drei sozialistischen Parteien Stellung. Es wurde erklärt, zu der Beunruhigung, die an der ganzen böhmisch-schlesischen Grenze zu unruhigen und ausgrenzenden Demonstrationen geführt habe, sei gegenwärtig kein Anlaß vorhanden. Wenn das Spiel mit dem Feuer nicht aufhöre, so müsse der schlesischen Arbeiterschaft nur noch das Mittel eines Protestgeneralstreikes zur Verfügung.

Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, liegen eine ganze Anzahl von Anzeigen dafür vor, daß unverantwortliche Kreise es in Oberschlesien versuchen, im Fall einer ungünstigen Entscheidung in der oberschlesischen Abklimmungsfrage mit Gewalt Unruhen in Oberschlesien hervorzurufen, um durch diese Unruhen den ihnen unangenehmen Beschluß zu konfektieren. Die Mittellunen, die durch den Genossen Dilmann in einer der letzten Reichstags-sitzungen gemacht worden sind, und die geeignet waren, in weiten Kreisen Aufsehen zu erregen, dürften in den nächsten Tagen bereits durch neue Meldungen aus Oberschlesien bestätigt und ergänzt werden.

Russische Rückentwicklung.

Von D. Jassen.

So wird der Weltkrieg sicher eine Epoche bedeuten, das Ende der kapitalistischen, den Beginn der sozialistischen Entwicklung. Wir werden dabei nicht mit einem Schlag aus der kapitalistischen in die sozialistische Welt hinüberpringen. Der Sozialismus ist nicht ein Mechanismus, den man nach einem voraus bestimmten Plan aufbaut und der dann, einmal in Gang gebracht, immer wieder in gleicher Weise abläuft, sondern er ist ein Prozeß gesellschaftlichen Zusammenwirkens, der seine bestimmten Gesetze hat, wie jede Art gesellschaftlicher Tätigkeit, der aber, innerhalb dieser Gesetze die mannigfaltigsten Formen annehmen kann und einer Entwicklung fähig ist, deren Ablauf man heute noch nicht abzusehen vermag.

R. Kautsky.

Diese Worte schrieb Karl Kautsky in seiner bekannten Schrift „Terrorismus und Kommunismus“, deren Vorwort im Juni 1919 geschrieben wurde. Was er damals über die „Wandlung“ des Bolschewismus ausführte, ist inzwischen durch die politische und ökonomische Entwicklung vollakt bestätigt worden. Wir sehen vor unsen Augen einen wirtschaftlichen Abbau des Bolschewismus, wie man ihn kaum für möglich gehalten hätte, wenn man nur die Dekrete und Manifeste der Sowjetbehörden zur Information benutzt und sich nicht um die ökonomischen Gesetze kümmert, die sich nach dem Wort von Engels „hinter dem Rücken“ der Menschen durchsetzen.

Die russische Revolution ist in ein Stadium der Involution getreten. In der Medizin bezeichnet man mit diesem Ausdruck die Rückbildung z. B. der Gebärmutter nach erfolgter Geburt. Es ist eine Rückbildung zum normalen Zustand, aber es ist inwieweit das Kind geboren. Es ist also nicht eine bloße Reaktion, keine rückläufige Bewegung zu früheren Zuständen. Rußland ist durch die Revolution umgewälzt und aufgewälzt worden, aber der Jorder der Gesellschaft wurde nicht planmäßig bearbeitet und befruchtet, sondern er wurde nur durchwühlt und es wird sehr viel Unkraut auf ihm wachsen.

Die Bolschewiki werden die Schuld wie immer auf den Krieg und Bürgerkrieg und auf die Laubheit der westeuropäischen Arbeiter schieben. Sie werden die europäischen Sozialisten anklagen, daß sie nicht schnell genug Weltrevolution machten und Rußland zu Hilfe kamen. Dabei haben die Kommunisten durch ihre planmäßige Parteipaltungspolitik auf nationaler und internationaler Basis alles getan, um das westeuropäische Proletariat zu lähmen und den Bolschewismus durch ihre ökonomische Überorganisation und den Terror als ökonomisches Kampfmittel zu diskreditieren. Sie tragen als kennzeichnende, marxistisch geschulte, Revolutionäre eine schwere Verantwortung für den jetzigen Rückbildungsprozeß zum gefestigten Privateigentum am Grund und Boden und zur kapitalistischen Entwicklung in der Industrie. Diese Ergebnisse hätten nach den Methoden der Menschewiki schmerzloser erreicht werden können. Planmäßigere Landverteilung unter die Bauern, ein sozialpolitisch fortgeschrittener Kapitalismus mit weitgehendem Einfluß der Gewerkschaften, zahlreiche soziale genossenschaftlicher Art zur Erleichterung des Übergangs zum Sozialismus, falls in Westeuropa das Proletariat siegte, wären dann das Ergebnis gewesen. Vor allem sollte dann trotz aller schweren Kämpfe jene „Pflaume“ von Moolan, jene Verallgemeinerung des Geisteslebens, von der auch der Edelkommunist Artur Holtscher in seinem Buche „3 Monate in Sowjetrußland“ spricht: „Der Publizist mit ausländischem Auftrag“, sagt er, „lebt in Rußland in Häusern unter militärischer Bewachung. Japanische Schiffe schleichen durch die Korridore, und um das Schlüsselloch sammelt sich der fettige Abdruck ungewaschener Ohren. Man ist irgendwelchen Winkelformen ausgestellt. Alles Geschriebene und Gedruckte, das man bei sich führt, muß vor dem Verlassen des Landes der außerordentlichen Kommission vorgelegt werden. Das Wesentliche . . . verbirgt man ängstlich im Gedächtnis, um es vor Mißverständnissen, Unverständnis, Spähern und Grenzbehörden zu schützen. Dieser Zustand der geistigen Notwehr ist es, der allmählich einen seelischen Druck, jene spezifische Moskauer Pflaume erzeugt, die schwerer zu ertragen ist als alle andern Nöte, die man in Rußland am eigenen Leibe erfährt.“

Dieser Geist beherrscht alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Er lähmt jede Kritik und die fruchtbare Weiterentwicklung moderner Ideen. Er vermehrt die Gefahren des ökonomischen Zerfalls und verschärft den kapitalistischen Charakter des Wiederaufbaus. Dieser neue Kapitalismus wird ein Kapitalismus der Schieber sein. Seine Träger sind die Dorfbourgeoisie, die skrupellose Sowjetbourgeoisie, gewissenlose Schieber und Novemberbolschewiki, und endlich das Ententkapital, das in seinen Konzeptionsgebieten trotz aller Vertragsklauseln mit der Rücksichtslosigkeit arbeiten wird, die das Finanzkapital in Kolonialgebieten entfaltet.

Wie weit die Bolschewiki geneigt sind, wirtschaftlich abzubauen, wie weit ihr bewußter Wille geht, am Wiederaufbau des Kapitalismus teilzunehmen das zeigt nicht nur die Bauerpolitik Lenin, sondern das beweist noch deutlicher die Wiedereinführung des freien Handels auf dem Gebiet der Suburbi. Hierüber be-